

Weismüller, Vizepräsident und Obmann der Kurie angestellte Ärzte der Ärztekammer für Wien. Auch die geplanten Gehaltserhöhungen – um die Ärzteabwanderung zu stoppen – oder Inflationsabgeltungen seien demnach nicht im Budget bedacht worden. Auch in Sachen Infrastruktur sind nur die „Erfordernisse mit höchster Priorität“ budgetiert. Weismüller: „Die drin-

gend notwendige Erneuerung der jahrelang vernachlässigten Infrastruktur der KAV-Spitäler oder Neubauten sind nicht geplant.“

Proteste in Frankreich

Die Debatte ist allerdings keine typisch österreichische. Auch in anderen Ländern wird über die Finanzierung der Gesundheitsversorgung gestritten und

kritisieren Beschäftigte und Patienten einen wachsenden Spardruck. Die französische Regierung will nach zuletzt heftigen Protesten und Demonstrationen mit Zugeständnissen in Milliardenhöhe die angespannte Lage in den Krankenhäusern in den Griff bekommen. So soll das Krankenhausbudget in den kommenden drei Jahren um 1,5 Mrd. € erhöht werden, kün-

digte Premierminister Édouard Philippe an. Außerdem werde der Staat Schulden in Höhe von zehn Mrd. € übernehmen, damit die Krankenhäuser sich auf ihr Kerngeschäft anstatt auf die Rückzahlung von Krediten konzentrieren könnten. Ärztinnen, Pfleger und Verwaltungsmitarbeiter hatten in den vergangenen Monaten immer wieder gestreikt und mehr Geld und zusätzliches Personal gefordert. Frankreichs Präsident Emmanuel Macron hatte daraufhin in der vergangenen Woche einen Notfallplan angekündigt.

GB: 100.000 Stellen unbesetzt

In Großbritannien ist der Zustand des Systems zum Hauptstreitpunkt im Wahlkampf neben dem Brexit geworden. Etwa 90% der Chefs von Trägerorganisationen im englischen Gesundheitswesen sehen laut einer neuen Studie das Wohl von Patienten wegen fehlenden Personals in Gefahr. Knapp 60% rechnen außerdem damit, dass dem Nationalen Gesundheitsdienst NHS der schwierigste Winter überhaupt bevorsteht. Allein in England seien etwa 100.000 Stellen in Kliniken unbesetzt, sagte Niall Dickson, der Geschäftsführer der NHS Confederation. Es fehle etwa an Ärzten, Rettungsassistenten und Krankenpflegern. Er warnte die Parteien auch davor, keine übertriebenen Wahlversprechen zu machen. „Wir brauchen mehr Investitionen.“ Aber selbst dann dauere es, bis sich die Lage wieder entspanne.

Letzteres dürfte übrigens auch für Österreich gelten – erst im Sommer wurde im Rahmen der Gesundheitsgespräche in Alpbach eine Studie präsentiert, wonach sich die Ausgaben für die österreichischen Spitäler bis zum Jahr 2030 von 12,8 Mrd. € auf 24,6 Mrd. € fast verdoppeln werden.



© AP/WIDE/Photo: Demarthon



© PantherMedia/PicsFive

Konflikte

Auch in Frankreich, Deutschland und anderen Staaten protestieren Beschäftigte im Gesundheitswesen gegen Kürzungen.